

Stadtratssitzung vom 28. Oktober 2021

## Interpellation I 4/2021

### Interpellation I 4/2021 betreffend Gemeindegelder für Erdgasvermarktung

Fraktion Grüne/JG und Fraktion SP vom 6. Mai 2021; Beantwortung

#### Wortlaut der Interpellation

Wie in der «Republik» vom 7.10.2020 zu entnehmen ist, bezahlen Schweizer Gasversorger dem Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) jedes Jahr sehr hohe Mitgliederbeiträge. Wie hoch jeweils die Beiträge genau sind und was mit diesem Geld konkret passiert, ist unklar. Offenkundig ist jedoch, dass der VSG daraus u. a. Image-Kampagnen für die fossil dominierte Gasversorgung (in der Vergangenheit z.B. mit dem pauschalen Greenwashing-Claim «Gas ist fortschrittliche Energie») finanziert.

Es steht der Widerspruch im Raum, dass diese von der Energie Thun mitfinanzierten Aktivitäten des VSG teilweise in einem offensichtlichen Widerspruch zu den klima- und energiepolitischen Zielen der Stadt Thun stehen, die sie unter anderem mit dem Unterschreiben der Klima- und Energiecharta<sup>1</sup> bekräftigt hat.

Das im Pariser Klimavertrag verankerte Ziel, katastrophale Klimastörungen zu vermeiden, erfordert die Verbrennung von fossilem Erdöl und Erdgas in der Schweiz innerhalb von maximal zwei Jahrzehnten nahezu vollständig zu beenden. Das führt zu der Frage, in welchem Ausmass sich Erdgas in dieser Frist durch erneuerbare Gase (Biogas sowie synthetisches Gas auf Basis erneuerbarer Energien) ersetzen lässt. Das einheimische Biogas kann auch unter Ausnützung des gesamten Potenzials kaum mehr als zehn Prozent des heutigen Absatzes von fossilem Erdgas substituieren – eine Tatsache, die auch der VSG nicht in Frage stellt.

Importiertes Biogas kommt als nachhaltige Lösungsoption nur sehr begrenzt in Frage, weil es primär für die Dekarbonisierung in den Nachbarländern benötigt wird und für die Schweiz rechnerisch nicht viel übrigbleibt. Synthetische Gase (Power-to-Gas) sind nur dann klimaverträglich, wenn sie mithilfe von vollumfänglich zusätzlich erzeugtem oder überschüssigen erneuerbaren Strom produziert werden.

Klimaverträgliche gasförmige Energieträger gibt es auf absehbare Zeit somit quantitativ nur stark begrenzt, sodass sie nur für Anwendungen zur Verfügung stehen, für welche es keine Alternative gibt. Dies wird im Vergleich zur heutigen Ausdehnung des Gasnetzes räumlich klar begrenzt sein.

Wenn sich ein Branchenverband wie der VSG gegenüber den oben beschriebenen Schlussfolgerungen verweigert und mit immensen Beitragsmitteln massive Öffentlichkeits- und Lobby-Kampagnen für Erhalt und Ausbau der Gasversorgung fährt, dann torpediert er damit die Erreichbarkeit der Klimaschutzziele der Schweiz und der Stadt Thun.

---

<sup>1</sup> [Charta\\_A4\\_dt.indd \(staedteverband.ch\)](#)

### Fragen

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die gesamten direkten und indirekten Zahlungen (inklusive aller Beiträge und Beteiligungen), welche die Energie Thun jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?
2. Wie hoch sind allenfalls zusätzliche direkte und indirekte Zahlungen an regionale Verbände der Gasbranche (wie bspw. GWMB), welche die Energie Thun jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?
3. Wofür genau werden die Beiträge an den VSG eingesetzt? Welcher Anteil der Beiträge fliesst in klassische Service-Angebote wie Schulungen, Normenarbeit, Innovationsförderung etc.? Welcher Anteil fliesst in Imagekampagnen, Abstimmungskampagnen, Lobbyarbeit und andere Aktivitäten, die letztlich Ausbau und Erhalt (der immer noch nahezu vollständig fossilen) Gasversorgung zum Ziel haben?
4. Wofür werden die Zahlungen an die regionalen Verbände eingesetzt? Zu welchem Zweck existieren diese zusätzlichen Strukturen?
5. Kann der Gemeinderat ausschliessen, dass städtische Gelder an den VSG und die regionalen Gasverbände de facto gegen die klimapolitischen Ziele der Stadt Thun eingesetzt werden?
6. Wie will der Gemeinderat künftig gewährleisten, dass die Zahlungen der Energie Thun ausschliesslich im klimapolitischen Interesse der Stadt Thun eingesetzt werden: Einfluss via Fachkommission des VSG? Zweckbindung der Beitragsmittel? Anteilige Kürzung der Beiträge? Ruhen der Mitgliedschaft, bis der VSG und regionale Gasverbände sich glaubwürdig für eine realistische Gasversorgung im Einklang mit der Klimapolitik der Stadt Thun und des Bundesrats einsetzen? Austritt aus dem VSG und/oder regionalen Gasverbänden?

### Antwort des Gemeinderates

**Zu Frage 1: Wie hoch sind die gesamten direkten und indirekten Zahlungen (inklusive aller Beiträge und Beteiligungen), welche die Energie Thun jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?**

Sämtliche Frankenbeträge verstehen sich exkl. MWST:

Im Durchschnitt der letzten drei Jahre (2019-2021) hat die Energie Thun AG:

- Beiträge an den VSG in der Höhe von 80'600 Franken einbezahlt, davon 47'100 Franken als VSG Mitgliederbeitrag und 33'500 Franken für den VSG Biogasfonds.
- Beiträge aus dem VSG Biogasfonds von 333'800 Franken erhalten als Förderbeitrag für die Einspeisung von Biogas aus der ARA Thunersee.

**Zu Frage 2: Wie hoch sind allenfalls zusätzliche direkte und indirekte Zahlungen an regionale Verbände der Gasbranche (wie bspw. GWMB), welche die Energie Thun jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?**

Es werden keine zusätzlichen Beiträge entrichtet. Von der Gasverbund Mittelland AG erhielt die Energie Thun AG 47'900 Franken (im Durchschnitt der Jahre 2019–2021) für Marketingzwecke. Die Energie Thun AG setzt diese Mittel vorwiegend für die Vermarktung von Biogas ein.

**Zu Frage 3: Wofür genau werden die Beiträge an den VSG eingesetzt? Welcher Anteil der Beiträge fliesst in klassische Service-Angebote wie Schulungen, Normenarbeit, Innovationsförderung etc.? Welcher Anteil fliesst in Imagekampagnen, Abstimmungskampagnen, Lobbyarbeit und andere Aktivitäten, die letztlich Ausbau und Erhalt (der immer noch nahezu vollständig fossilen) Gasversorgung zum Ziel haben?**

Der VSG unterstützt das Ziel des Bundesrates, im Rahmen des Pariser Übereinkommens bis 2050 die Klimaneutralität (Netto-Null-Emissionen) zu erreichen. Im Positionspapier «Thesen 2020 der Schweizer Gaswirtschaft» heisst es dazu unter anderem: «Die Energieversorgung der Zukunft muss dekarbonisiert, aber auch sicher und wirtschaftlich tragbar sein. Die Gasversorger sind überzeugt, dass dies nur mit einem breiten Mix an Energieträgern und Infrastrukturen sichergestellt werden kann. Die Schweizer Gasversorger wollen den Prozess des Umbaus der Energieversorgung mitgestalten und haben als grossmehrheitlich Querverbundunternehmen stets die Notwendigkeit einer Gesamtversorgungsperspektive betont.» Die Aktivitäten des Verbands sind auf diese Ziele ausgerichtet und wurden jüngst beispielsweise auch von der UVEK-Vorsteherin, Bundesrätin Simonetta Sommaruga, gewürdigt (Medienmitteilung zur GV VSG 2021 in der Beilage).

Wie für Mitgliederbeiträge üblich, werden die genannten Beiträge an den VSG nicht spezifischen Aktivitäten zugewiesen. Ausnahmen davon sind die zusätzlich für den Forschungs-, Entwicklungs- und Förderungsfonds der schweizerischen Gasindustrie (FOGA) und den Biogas Förderungsfonds erhobenen Beiträge, welche reglementarisch zweckgebunden sind. Beide Gefässe leisten wesentliche Beiträge zur Reduktion der Treibhausgasemissionen der Gasversorgung und damit zur schweizerischen Energieversorgung insgesamt und haben somit explizit nicht den Ausbau und Erhalt einer fossilen Gasversorgung zum Ziel, sondern im Gegenteil deren Transformation hin zu einem Lösungsbestandteil einer vollständig klimaneutralen Energieversorgung.

**Zu Frage 4: Wofür werden die Zahlungen an die regionalen Verbände eingesetzt? Zu welchem Zweck existieren diese zusätzlichen Strukturen?**

Die Energie Thun AG ist Aktionärin der Gasverbund Mittelland AG. Die Gesellschaft ist Eigentümerin und Betreiberin des regionalen Verteilnetzes und liefert das Erdgas nach Thun. Die Beteiligung ist für eine sichere und wirtschaftliche Gasversorgung strategisch äusserst wichtig. An die Gasverbund Mittelland AG werden keine Zahlungen getätigt. Im Gegenteil, die Energie Thun AG erhält einen jährlichen Beitrag an das Marketingbudget (siehe Beantwortung Frage 2). Die Gasverbund Mittelland AG hat ein Aktienkapital von 6,14 Mio. Franken, davon hält die Energie Thun AG einen Anteil von 2,84 Prozent oder 174'000 Franken.

**Zu Frage 5: Kann der Gemeinderat ausschliessen, dass städtische Gelder an den VSG und die regionalen Gasverbände de facto gegen die klimapolitischen Ziele der Stadt Thun eingesetzt werden?**

Gemäss Antwort zu Frage 3 unterstützt der VSG die nationalen klimapolitischen Ziele des Bundesrates und die des Pariser Übereinkommens, bis 2050 die Klimaneutralität (Netto-Null-Emissionen) zu erreichen. Der VSG hat keine Position zu den spezifischen Energie- und Klimazielen auf kommunaler Ebene. Durch die oben erwähnte Förderung der erneuerbaren Gase und mit einem Leitfaden für die Zielnetzplanung unterstützt der Verband Energieversorger und Gemeinden bei der Dekarbonisierung der Gasversorgung. Dass die Stadt Thun ihre städtischen Liegenschaften seit 2021 zu 100 Prozent mit Biogas versorgen kann, ist ein konkretes Resultat dieser langjährigen Bemühungen. Die bereits erfolgte Umstellung von 55 Heizungen bringt jährlich eine Einsparung von

920 Tonnen CO<sub>2</sub>, was in etwa den CO<sub>2</sub>-Emissionen von rund 170 Erdumrundungen mit einem durchschnittlichen PW entspricht.

Aus langjähriger Erfahrung und auf Grund aller ihm vorliegenden Informationen kann der Gemeinderat daher ausschliessen, dass städtische Gelder gegen die klimapolitischen Ziele der Stadt Thun eingesetzt werden. Aktuell lässt der VSG die Auswirkung von Wasserstoff und der Sektorkopplung auf die Gasnetzinfrastruktur untersuchen. Die Energie Thun AG darf die Arbeiten als Praxispartnerin begleiten.

**Zu Frage 6: Wie will der Gemeinderat künftig gewährleisten, dass die Zahlungen der Energie Thun ausschliesslich im klimapolitischen Interesse der Stadt Thun eingesetzt werden: Einfluss via Fachkommission des VSG? Zweckbindung der Beitragsmittel? Anteilige Kürzung der Beiträge? Ruhen der Mitgliedschaft, bis der VSG und regionale Gasverbände sich glaubwürdig für eine realistische Gasversorgung im Einklang mit der Klimapolitik der Stadt Thun und des Bundesrats einsetzen? Austritt aus dem VSG und/oder regionalen Gasverbänden?**

Wie bereits dargelegt ist der Gemeinderat der Überzeugung, dass die Aktivitäten des VSG auch im klimapolitischen Interesse der Stadt Thun liegen. Die Gremien des VSG sind geographisch breit abgestützt und entscheiden nach demokratischen Gesichtspunkten. Der CEO der Energie Thun AG ist Mitglied der Fachkommission technische Koordination (FTK), und weitere Mitarbeitende bringen sich regelmässig in Aktivitäten des Verbands ein. Diese sind beispielsweise auch im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Regelwerkes zur geordneten Gasmarktöffnung sowohl von wirtschaftlicher wie klimapolitischer Bedeutung. Diese Engagements bieten die beste Gewähr, dass die klimapolitischen Interessen der Stadt Thun eingebracht werden, und sie unterstützen den Weg der Dekarbonisierung der lokalen Energieversorgung.

Die Gasverbund Mittelland AG liefert das Gas nach Thun. Mit einem Austritt aus der Gesellschaft verlore die Energie Thun AG eine wichtige Mitgestaltungsmöglichkeit, was nicht im Interesse der Stadt Thun liegt. Die Stadt Thun, die Industrie und viele Heizgaskunden sind darauf angewiesen, dass die Versorgung weiterhin sicher und zuverlässig erfolgt. Die Gasverbund Mittelland AG leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Aus Sicht des Gemeinderates gibt es aufgrund des geringen Beitrages, den die Energie Thun AG an den VSG leistet, keinen wesentlichen Widerspruch zu den klimapolitischen Zielen der Stadt Thun, welche in der geltenden Eigentümerstrategie geregelt sind. Der fossile Energieträger Erdgas wird spätestens bis 2050 vollständig durch erneuerbare Energien ersetzt werden. In einem ersten Schritt soll bis 2030 ein Anteil erneuerbarer Gase von 30 Prozent im gasversorgten Wärmemarkt für Haushalte erreicht werden. Bis 2040 soll der Anteil im Gesamtmarkt auf 50 Prozent ansteigen. Bis 2050 wird eine CO<sub>2</sub>-neutrale Gasversorgung anvisiert. Erdgas soll sukzessiv durch erneuerbare bzw. klimaneutrale Gase ersetzt werden, die neben Biogas auch synthetisches Methan (Power-to-Gas) und grünen sowie blauen Wasserstoff umfassen.



Thun, 1. September 2021

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident  
Raphael Lanz

Die ao. Ratssekretärin  
Gabriela Meister

**Beilage**

- Medienmitteilung GV VSG 2021

## Medienmitteilung

### Generalversammlung

## **Bundesrätin Sommaruga sieht Gas als Teil der Lösung**

**«Mit erneuerbaren Gasen ist die Schweizer Gaswirtschaft ein Teil der Lösung hin zu einem klimaneutralen Energiesystem», sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des Eidgenössischen Departments für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation an einem Webtalk des Verbands der Schweizerischen Gasindustrie VSG, der anstelle der physischen Generalversammlung durchgeführt wurde.**

Die Gaswirtschaft spiele auch in Zukunft eine wichtige Rolle für die Schweizer Energieversorgung, bekräftigte die Energieministerin im Gespräch mit VSG-Direktorin Daniela Decurtins. «Ich begrüsse es sehr, dass die Branche das Netto-Null-Ziel des Bundesrates unterstützt und die Dekarbonisierung der Gasversorgung bis 2050 anvisiert», sagte Simonetta Sommaruga am Webtalk, der für die VSG-Mitgliedsunternehmen begleitend zur schriftlich durchgeführten GV veranstaltet wurde. Sie betonte, dass sie zu den verschiedenen Fragen offen für Gespräche mit der Branche sei.

Die Energieministerin würdigte die Aktivitäten im Biogas-Bereich und bezeichnete Biogas als «besonders wertvollen Energieträger», dessen Potenzial in der Schweiz voll ausgeschöpft werden müsse. Mittelfristig sehe sie dessen Einsatz vor allem in der Industrie und der Mobilität. Sie versicherte, dass der Bund die Branche unterstütze, um die heute unbefriedigende Importsituation von Biogas zu lösen, auch wenn das gescheiterte Rahmenabkommen die Situation nicht vereinfache. Auch grüner Wasserstoff könne bei der Dekarbonisierung eine wichtige Rolle spielen, sagte Simonetta Sommaruga. Gemäss ihren Ausführungen ist das Bundesamt für Energie daran, eine Roadmap Wasserstoff 2050 zu erarbeiten. Diese soll aufzeigen, welche Rolle Wasserstoff im künftigen Schweizer Energiesystem spielen kann, wo und wie dieser produziert werden soll und welche Infrastruktur es braucht.

Im Weiteren wolle der Bund mit dem neuen Gasversorgungsgesetz nicht nur Rechtsicherheit im Gasmarkt schaffen, sondern auch den Wandel der Branche in Richtung Dekarbonisierung wirksam unterstützen. «Hier gibt es noch anspruchsvolle Fragen zu lösen», sagte die Bundesrätin. Zum Bedauern der Branche kommt es dabei zu weiteren Verzögerungen, bis das Gasversorgungsgesetz in Kraft gesetzt werden kann.

### **Wahlen in den Verwaltungsrat VSG**

Hans Peter Tanner (ebs Erdgas + Biogas AG), Heinz Leitner (IWB), Philippe Petitpierre (Holdigaz) und René Bautz (Gaznat) treten auf Ende der Amtsdauer (2017 bis 2021) aus dem Verwaltungsrat zurück. Neu gewählt wurden Eugen Pfiffner (IBB Energie AG), Sandra Hungerbühler (Regio Energie Solothurn), Véronique Athané Ryser (Services industriels de Genève) und Gilles Verdan (Gaznat).

Die Generalversammlung wählte zudem Verwaltungsratspräsident Martin Schmid und die bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrates für eine weitere Amtsdauer. Es sind dies: Peter Graf (St. Galler Stadtwerke), Ernst Uhler (Energie Zürichsee Linth), Jörg Wild (Energie 360°), Heinz Binggeli (Energie Service Biel), Per Olof Just (Städtische Werke Grenchen), Hans-

Verband der Schweizerischen Gasindustrie  
Association Suisse de l'Industrie Gazière  
Associazione svizzera dell'industria del gas



Kaspar Scherrer (Eniwa), Philippe Dubois (Sogaval) und Pierre-Alain Kreutschy (Yverdon-les Bains Énergies).

**Kontaktperson für weitere Auskünfte:**

Thomas Hegglin, Mediensprecher VSG, 044 288 32 62, [thomas.hegglin@gazenergie.ch](mailto:thomas.hegglin@gazenergie.ch)

Zürich, 11. Juni 2021